

Wälder schützen, Rechte anerkennen

HANDLUNGSOPTIONEN DER EU IM HINBLICH AUF ABHOLZUNG UND DEGRADIERUNG VON WÄLDERN

Catching it all!



Juni 2015

NGO

EU

Blower's



Danksagung

Wälder schützen, Rechte anerkennen: Handlungsoptionen der EU im Hinblick auf Abholzung und Degradierung von Wäldern.

Autor: Fred Pearce

Redaktion: Ed Fenton

Cartoon: Patrick Blower

Design: Daan van Beek

ISBN: 978-1-906607-55-5

Juni 2015

Fern dankt der Europäischen Union, der Ford Stiftung und dem britischen Ministerium für internationale Entwicklung (DIDF) für Ihre Unterstützung. Die in diesem Bericht geäußerten Sichtweisen spiegeln nicht notwendigerweise die offiziellen Ansichten der Geldgeber wider.



FERN Büro im Vereinigten Königreich: 1C Fosseyway Business Centre, Stratford Road, Moreton in Marsh, GL56 9NQ, Vereinigten Königreich

FERN Büro in Brüssel: Rue d'Edimbourg, 26, 1050 Brüssel, Belgien

www.fern.org

Vorwort

Der Mensch ist, was er isst: Was wir essen, bildet einen wesentlichen Bestandteil dessen, was wir als Menschen – und als Völker – darstellen. Es ist Teil unserer Identität und Kultur. Unser Essen ist nicht nur Spiegelbild unseres Geschmacks, sondern auch unserer Werte.

Daher ist dieser neue Bericht so wichtig. Er zeigt, dass viele Lebensmittel, die in Europa verkauft werden, aus tropischen Gegenden kommen, in denen Wälder illegal abgeholzt wurden, damit Pflanzen angebaut und Weideland gewonnen werden konnten. Jedes Jahr konsumieren die Europäer Millionen Tonnen an Rindfleisch, Sojabohnen, Palmöl, Zucker und Kakao, die in solchen Gebieten angebaut werden; allein im Jahr 2012 wurden damit etwa sechs Milliarden Euro umgesetzt. Damit geht einher, dass große Firmen und reiche Landwirte die lokalen Bauern verdrängen, und manchmal sogar töten.

Die meisten Europäer können sich das nicht vorstellen und sind schockiert, wenn sie solche Dinge hören. Es sollte nicht so sein. Familien sollten sich keine Sorgen darüber machen müssen, dass sie jedes Mal, wenn sie sich zu einer Mahlzeit zusammensetzen, die Heizung einschalten oder das Auto volltanken, der Erderwärmung und der Zerstörung der Natur Vorschub leisten. Die Menschen sollten ihren Alltag leben dürfen, ohne dabei rechtswidrige Handlungen ungewollt zu unterstützen.

Die Ironie an dieser Situation ist, dass Europa eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz inne hatte und große Mühe aufgewendet hat, um tropische Wälder zu bewahren. Die EU-Initiative Timber Regulation and Forest Law Enforcement Governance and Trade (FLEGT) (deutsch: Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor) war ein Pionierprojekt im Kampf gegen illegalen Holzeinschlag und befand sich auf bestem Wege, Fortschritte zu bringen.

Leider ist Holz nicht das einzige Problem. Es geht auch um Nahrungsmittel, Leder und Biotreibstoff; dieser Bericht spricht von Europas globalem „Fußabdruck“. In den meisten tropischen Ländern ist es nicht die Abholzung, die in erster Linie zur Zerstörung von Wäldern führt, sondern es ist das Vordringen der Landwirtschaft in neue Gegenden.

In den letzten Jahren haben einige größere landwirtschaftliche Firmen und Financiers Besserung gelobt. Andere werden vermutlich nachziehen.

Aber wir können uns nicht nur auf solche Zusagen verlassen. Jemand muss sicherstellen, dass diese Versprechen eingehalten werden und jemand muss klare Regeln aufstellen; Landräuber, Mörder und Geldwäscher müssen zur Rechenschaft gezogen werden; Konsumenten müssen Zugang haben zu gesicherten Informationen über das, was sie kaufen; und Rechtsstaatlichkeit muss gewährleistet werden. Dafür sind Regierungen zuständig, ebenso die Zivilgesellschaft. Der Fußabdruck Europas ist zu groß und zu destruktiv, als dass man sich bei seiner Reduktion lediglich auf gute Absichten verlassen könnte.

Erfreulicherweise haben sich die Autoren des vorliegenden Berichts intensiv mit diesen Themen beschäftigt und praktische Empfehlungen formuliert, zum Teil ausgehend von den Erfahrungen mit FLEGT. Sie schlagen einen neuen europäischen Aktionsplan zum Schutz der Wälder und zur Anerkennung von Rechten der Waldbewohner vor („Action Plan on Protecting Forests, Respecting Rights“). Vorgesehen sind darin spezifische Veränderungen im Hinblick auf Handel, Biotreibstoffe, Beschaffung, Investitionen, Offenlegung und Landrechte.

Da Europa sich auf seine Rolle als Gastgeber für die Abschlussverhandlungen über einen neuen Klima-Deal vorbereitet, ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt. Wälder und Landnutzungsänderungen zählen zu den Schlüsselkomponenten im Kampf für das globale Überleben. Alle sind sich einig, dass die Regale unserer Geschäfte nicht mit Waren gefüllt sein sollten, die zum Waldschwund führen. Nun müssen sich alle darauf einig, diese Erkenntnis in Taten umzusetzen.

David Kaimowitz, *Leiter der Abteilung für Natürliche Ressourcen und Nachhaltigen Entwicklung, Ford Foundation*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
Einführung: von Neuem die Welt anführen	6
Europas Fußabdruck im Bezug auf Abholzung	7
<i>Box 1: Wälder schützen, Rechte anerkennen: Optionen für EU-Aktionen, um Entwaldung und Degradation von Wäldern aufzuhalten</i>	7
Die Spur der Vernichtung: Wessen Wälder zerstören wir?	8
<i>Box 2: Landrechte</i>	10
Was kann Europa gegen seinen versteckten Beitrag zur Entwaldung tun?	11
VPAs: Ein Modell zur Regulierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	13
Finanzen: immer dem Geld nach	15
<i>Box 3: Free riders</i>	16
Staatsausgaben: ODA (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) und öffentliche Auftragsvergabe	16
Biomasse und Biotreibstoffe	17
Handelsregeln und Importzölle	19
Die Konsumenten: die wichtigste Zutat	21
Schlussfolgerungen	23

Abkürzungen

APRIL	Asia Pacific Resources International
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species – <i>Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen</i>
EU	European Union – <i>Europäische Union</i>
EUTR	European Union Timber Regulation – <i>EU-Holzhandelsverordnung</i>
FLEGT	Forest Law Enforcement, Governance and Trade – <i>Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor</i>
LAS	Legality Assurance System – <i>Legalitätssicherungssystem</i>
NGO	non-governmental organisation – <i>Nichtregierungsorganisation</i>
ODA	Official Development Assistance – <i>Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit</i>
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development – <i>Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</i>
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation – <i>Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung sowie die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern</i>
TFT	früher The Forest Trust, jetzt TFT
VPA	Voluntary Partnership Agreement – <i>Freiwilliges Partnerschaftsabkommen</i>
WRI	World Resources Institute – <i>Weltressourceninstitut</i>
WTO	World Trade Organisation – <i>Welthandelsorganisation</i>

Zusammenfassung

In den letzten beiden Jahrzehnten war die Europäische Union (EU) weltweit der größte Verursacher für den Schwund tropischer Wälder. Der Verbrauch landwirtschaftlicher Rohstoffe bescherte der EU einen enormen und weitgehend uneingestandenem Fußabdruck in Bezug auf den Regenwald. Millionen Tonnen von Soja, Rindfleisch, Palmöl, Zucker, Kakaobohnen und vieles mehr gelangen in die europäischen Häfen, zusammen mit einer versteckten Fracht aus „grauem Waldschwind“. Tausenden Waren in den europäischen Supermärkten haftet Ähnliches an. Viele wurden illegal produziert in ehemals bewaldeten Gebieten: Eine Folge aus falschen Versprechen, Verstößen gegen Bodengesetze und eine Reihe anderer Verstöße gegen Umwelt- und Menschenrechte. Innerhalb von 20 Jahren hat die Herstellung von Produkten für die EU dazu geführt, dass in den Tropen eine Fläche von der Größe Portugals gerodet wurde.¹

Wenn die EU und EU-Unternehmen ihre kürzlich abgegebenen Zusagen, ihren Beitrag zum globalen Waldschwind zu verringern, einhalten und damit auch das Versprechen des neuen EU-Präsidenten Jean-Claude Juncker, „mit gutem Beispiel voranzugehen“ erfüllen wollen, dann kann es so nicht weitergehen. Die EU muss ihre eigenen Regeln im Bezug auf Handel, Investitionen, Finanzen, Klima und Konsum ändern und gesetzliche und normative Unterstützung anbieten, sowohl für weitsichtige Unternehmen, die ihre Zusagen einhalten wollen, als auch für Gemeinden, die ihre Landrechte gewahrt sehen möchten. Nur dann können Europa und seine Wirtschaft ihrer Abhängigkeit von Nahrungsmitteln und anderen landwirtschaftlichen Rohstoffen ein Ende bereiten, denn diese Abhängigkeit zerstört Regenwälder. Nur dann kann der europäische Fußabdruck im Hinblick auf Nahrungsmittel („foodprint“) getilgt werden.

Dieser Bericht ist eine Zusammenschau von 11 von Fern in Auftrag gegebenen Berichten, die die Auswirkungen der EU-Politik auf Wälder und Menschen bewerten. In ihrer Gesamtheit bilden sie eine Liste an Empfehlungen an die EU zur Bekämpfung des Waldschwundes und Wahrung von Rechten.

¹ Europäische Kommission, *The Impact of EU Consumption on Deforestation: Comprehensive Analysis of the Impact of EU Consumption on Deforestation (EU Forest Footprint study)*, Seite 23, nachzulesen auf http://ec.europa.eu/environment/forests/impact_deforestation.htm

Einführung: von Neuem die Welt anführen

Die Europäische Union sieht sich gerne als Vorreiter in Sachen Umweltschutz. Der Anspruch an sich selbst, anderen als positives Beispiel zu dienen, war immer schon ein zentraler Punkt in der Identität Europas und entscheidend für das Image Europas in der Welt. Europa hat Lichtpausen entworfen, auf denen zahlreiche Politiken beruhen, etwa im Kampf gegen gesetzwidriges Handeln in der globalen Waldindustrie, beim Schutz der biologischen Vielfalt, im Kampf gegen den Klimawandel, sowie für viele andere Aufgaben von existenzieller Bedeutung.

Im Jahr 2008 verpflichtete sich die EU im Rahmen ihrer Politik zum Klimawandel, bis zum Jahr 2020 die Waldverluste in tropischen Gebieten zu halbieren und bis 2030 ganz zu eliminieren.² Im September 2014 unterzeichnete die EU neben 32 nationalen Regierungen und 53 großen, in Europa operierenden Firmen die New Yorker Deklaration für die Wälder, die ähnliche Ziele verfolgt.³

Es ist löblich, solche Ziele zu verfolgen. Mindestens 10 Prozent des anthropogenen Kohlendioxid-Ausstoßes, der zu Erderwärmung führt, geht auf Waldschwind zurück. Wälder leisten einen wichtigen Beitrag zur Regulierung des lokalen Klimas, zur Begünstigung des Niederschlags, zum Ausgleich der Temperaturen und zur Speicherung des Wassers, sodass viele Flüsse das ganze Jahr über fließen können – und außerdem liefern Wälder Material für Menschen, die in ihnen oder in ihrer Nähe leben. Der Kampf gegen Entwaldung ist wichtig, um Ernährungssicherung auf lokaler und globaler Ebene zu gewährleisten.

Wie soll jedoch das Ziel der EU, der Entwaldung ein Ende zu bereiten („zero deforestation“), erreicht werden? Die traditionelle Methode lautet Bewahrung des Waldbestandes. Europa hat bereits vor langer Zeit Entwicklungsländern Prämien in Aussicht gestellt, wenn sie ihre Wälder schützen. In letzter Zeit wurde



Die Europäische Union sieht sich selbst als weltweit führend im Umweltschutz.

© David Dávilá Vilanova/FlickrCC

dazu ein Mechanismus eingesetzt, der unter der Bezeichnung Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD) bekannt ist (auf Deutsch: „Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung sowie die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern“). Damit soll der Kohlenstoffausstoß verringert werden, indem dem gespeicherten Kohlenstoff ein monetärer Gegenwert zugewiesen wird, und somit Anreize zur Kohlenstoffreduktion in der Atmosphäre geschaffen werden.

Zunehmend wird jedoch klar, dass solche Schutzmaßnahmen allein nicht ausreichen. Der wirtschaftliche Druck, Wälder abzuholzen, wird zunehmend steigen. Selbst wenn mit Kohlenstoffreduktion hohe Preise erzielt werden, lässt sich noch immer mehr Profit daraus schlagen, Waldgebiete zu Anbaugeländen für Palmöl und Soja umzufunktionieren, als sie auf Grund des gespeicherten Kohlenstoffs zu schützen.⁴

2 European Commission; *Addressing the challenges of deforestation and forest degradation to tackle climate change and biodiversity loss*; 2008, siehe <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52008DC0645>.

3 New York Declaration on Forests; Action Statements and Action Plans; 23 September 2014

4 http://pfb-cbfp.org/docs/research_docs/CIRAD%20Can%20fragile%20state%20reduce%20deforestation.pdf

Außerdem zeichnet sich an Hand der REDD-Pilotprojekte bislang ab, dass die lokalen Bewohner, deren Unterstützung im Kampf gegen die Entwaldung unabdingbar ist, und deren Rechte geschützt werden sollten, wenig entsprechende finanzielle Mittel erhalten werden. Vielmehr werden sie die Leidtragenden des anhaltenden Missbrauchs sein. Um einen totalen Stopp der Entwaldung zu erreichen, wird es nötig sein, die wirtschaftlich und sozial treibenden Kräfte der Entwaldung wesentlich breiter anzugehen.⁵

Die EU hat bereits Maßnahmen eingesetzt, um illegale Importe von tropischem Holz zu verhindern und die Forstpolitik zu verbessern. Das war wichtig und es wird weiterhin wichtig bleiben. Aber die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die meist für den Export bestimmt sind, ist inzwischen die Hauptursache für den tropischen Waldschwind. Die EU und ihre Märkte leisten dem Waldschwind Vorschub, und zwar in einem enormen Ausmaß.

Wenn die EU also ihre führende Rolle im globalen Umweltschutz beibehalten will, muss sie dringend Schritte unternehmen, um der Entwaldung ein Ende zu bereiten. Das betrifft den Import von Nahrungsmitteln wie Palmöl, Rindfleisch, Soja und Zucker, ebenso wie Biotreibstoffe und Biomasse, die für Heizung und Stromgewinnung genutzt werden. Die EU muss in vielen Fällen, in denen die Entwaldung in den betroffenen Ländern illegal geschieht, dringend Taten folgen lassen.

Bei seiner Amtsantrittsrede vor dem Europäischen Parlament erklärte Jean-Claude Juncker, Präsident der neuen Europäischen Kommission, Folgendes: „Ich möchte nicht ein Europa, das am Rande der Geschichte feststeckt... Ich möchte ein Europa mitten in der Aktion, ein Europa, das sich fortbewegt, ein Europa, das existiert, schützt und anderen als Beispiel dient.“ Und weiter: „Ich will, dass die EU den Kampf gegen die globale Erwärmung anführt... und die demokratische Legitimität stärkt.“ Damit kombinierte er die wichtigsten Elemente, die nötig sind, um Umweltgerechtigkeit und –Sicherheit, in Ländern, aus denen die EU Waren bezieht, zu schaffen. Außerdem geht es darum, die Bewohnbarkeit des Planeten aufrecht zu erhalten, und sicherzustellen, dass die EU ihr Versprechen vom totalen Stopp der Entwaldung einhalten kann.⁶

Dieser Bericht umfasst eine Reihe von FERN-Studien, die sich mit der Frage beschäftigen, wie die EU diese Ziele, durch öffentliche Ausgaben und durch regulierende und finanzielle Maßnahmen, die auf Konsum, Produktion, Investitionen und Handel Einfluss nehmen, erreichen kann.

Box 1: Wälder schützen, Rechte anerkennen: Optionen für EU-Aktionen, um Entwaldung und Degradation von Wäldern aufzuhalten

Dieser Bericht ist eine Zusammenschau von 11 von Fern in Auftrag gegebenen Berichten, die die Auswirkungen der EU-Politik auf Wälder und Menschen bewerten. In ihrer Gesamtheit bilden sie eine Liste an Empfehlungen an die EU zur Bekämpfung des Waldschwindes und Wahrung von Rechten. Die Berichte zu den Themenblöcken Handel und Investitionen, Gemeinsame Agrarpolitik und Unternehmensberichterstattung werden in Kürze erscheinen. Derzeit verfügbare Berichte (Stand: März 2015) umfassen folgende Dokumente:

Politikbereich	Fern Bericht	
Finanzen	Clear Cut: Making EU Financial Institutions Work for People and Forests www.fern.org/clearcut	
Konsum und Produktion	Less and Better: Making EU Consumption Policies Work for People and Forests www.fern.org/lessandBetter	
Bioenergie	Burning Matter: Making EU Bioenergy Policy Work for People and Forests www.fern.org/burningmatter	
Öffentliche Auftragsvergabe	The Power of Public Purchasing: Making EU Public Procurement Policy Work for People and Forests www.fern.org/publicpurchasing	
Entwicklungshilfe	Taking Stock: Tracking Trends in European Aid for Forests and Communities www.fern.org/trackingtrends	
Klima	Fighting Fossil Fuel First: Making EU Climate Policy Work for People and Forests www.fern.org/fightingfossilfirst	
Illegale Abholzung	Catching it All: Making EU Illegal Logging Policies Work Better for People and Forests www.fern.org/catchingitall	
Zolltarife	Duty Free? Making EU Tariffs Work for People and Forests www.fern.org/dutyfree	

5 www.fern.org/carbonmarketswillnotdeliver

6 http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_en.pdf

Europas Fußabdruck im Bezug auf Abholzung

Denken wir an Abholzung, denken wir meist an Kettensägen, die Bäume zu Fall bringen, und an Lastwagen, mit denen die gefällten Bäume aus dem Regenwald abtransportiert werden – oder wir denken an verzweifelte Bauern, die Bäume fällen und verbrennen, um Land zu gewinnen, das sie bewirtschaften können, um ihre Familien zu ernähren. Aber alle diese Bilder sind nur ein kleiner Teil der Geschichte. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht fest, dass die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf den internationalen Märkten die Hauptursache für die Abholzung tropischer Wälder darstellt. Es sind nicht irgendwelche Menschen, weit weg von uns, die Wälder zerstören; wir selbst sind es.

Im Jahr 2013 zeigte eine EU-Studie, dass zwischen 1990 und 2008 insgesamt 53 Prozent des globalen Waldschwundes auf die Ausbreitung landwirtschaftlicher Anbauflächen zurückzuführen war. Ein Drittel der angebauten Pflanzen war für den internationalen Handel bestimmt. Die EU als Ganzes war der größte Einzelabnehmer für diese landwirtschaftlichen und tierischen Erzeugnisse und trug damit die Verantwortung für 36 Prozent der Entwaldung, die mit den international gehandelten landwirtschaftlichen Erzeugnissen einhergeht. Um die EU-Märkte zu beliefern, wurden 9 Millionen Hektar Wald abgeholzt, was der Fläche Portugals entspricht: Dabei macht die Bevölkerung der EU gerade einmal sieben Prozent der weltweiten Bevölkerung aus.⁷

„Es sind nicht irgendwelche Menschen, weit weg von uns, die Wälder zerstören; wir selbst sind es.“

Der Fußabdruck der EU im Bezug auf Abholzung ist nicht nur umweltschädlich: die Abholzung geschieht oft auch illegal. Ein Think Tank namens Forest Trends hat herausgefunden, dass die Hälfte der Abholzung der tropischen Wäldern seit 2000 auf die Umfunktionierung von Waldflächen zu landwirtschaftlichem Anbaugelände zurückzuführen ist. Dabei wurden entweder die Landrechte von den Bewohnern verletzt, oder es gab Verstöße gegen Umweltgesetze. Illegale und nicht nachhaltige Vorgänge gehen häufig Hand in Hand.⁸

Laut neuen Nachforschungen von Fern importierte die EU im Jahr 2012 etwa ein Viertel der weltweit gehandelten Menge an Soja,

Rindfleisch, Leder und Palmöl, wobei diese Erzeugnisse auf illegal abgeholztem tropischen Waldgebiet angebaut beziehungsweise hergestellt wurden. Das Handelsvolumen dieser Güter betrug sechs Milliarden Euro. Diese Summe entspricht dem Schaden, der dadurch entsteht, dass alle zwei Minuten eine Fläche in der Größenordnung eines Fußballfelds gerodet wird. Führend im Verbrauch war Italien, dicht gefolgt von Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich.⁹

Die Spur der Vernichtung: Wessen Wälder zerstören wir?

Die Hälfte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Europas stammt aus Brasilien, ein Viertel aus Indonesien. Die Hälfte des weltweiten tropischen Waldschwunds findet auf dem Gebiet dieser beiden Länder statt. Im Jahr 2009 bedeuteten die Rindfleischexporte aus Brasilien in die EU, dass eine Fläche von 102 000 Hektar abgeholzt wurde, und weitere 73 000 Hektar abgeholztes Land kommen im Zusammenhang mit dem Soja-Import aus Brasilien dazu. In Palmöl-Importen aus Indonesien stecken weitere 33 000 Hektar abgeholztes Land. Weitere Importe, die im Zusammenhang mit Abholzung stehen, betreffen Leder von brasilianischem Vieh, Soja aus Argentinien und Kakao aus Westafrika – die EU ist der führende globale Importeur.¹⁰ Geschätzt ein Drittel des Futters für Schweine und Geflügel, die für die Fleischgewinnung gezüchtet werden, besteht aus Soja, größtenteils aus Lateinamerika.

China hat in puncto Konsum inzwischen wohl die EU überholt und ist indirekt für den Großteil der weltweit erfolgenden Rodungen verantwortlich. Dennoch ist es noch immer der durchschnittliche europäische Konsument, der mehr Abholzung zu verantworten hat als der durchschnittliche Chinese.

Die ökologischen Auswirkungen des europäischen Hungers nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden in tropischen Landschaften sichtbar. In Indonesien finden Rodungen, die zu 80 Prozent illegal sind, in erster Linie aufgrund von Palmöl-Plantagen statt. Die Insel Sumatra, fast doppelt so groß wie Großbritannien, beherbergte bis vor kurzem einen der weltweit größten intakten Regenwälder. Aber in den letzten zwei Jahrzehnten haben große Landwirtschafts- und Holzunternehmen Einzug gehalten, lokale Einwohner wurden vertrieben, Wald wurde gerodet, und der Dschungel musste Palmöl-Monokulturen Platz machen.

7 Europäische Kommission, *The Impact of EU Consumption on Deforestation: Comprehensive Analysis of the Impact of EU Consumption on Deforestation (EU Forest Footprint study)*, Seite 23, siehe http://ec.europa.eu/environment/forests/impact_deforestation.htm

8 Lawson S, *Consumer Goods and Deforestation: An Analysis of the Extent and Nature of Illegality in Forest Conversion for Agriculture and Timber Plantations*, Forest Trends, September 2014.

9 *Stolen Goods: The EU's Complicity in Illegal Tropical Deforestation*; www.fern.org/stolengoods
10 http://ec.europa.eu/environment/forests/impact_deforestation.htm



Ghanaische Holzarbeiter beim Fällen: Die Rechte der Bauern auf Land und Holz anzuerkennen ist essenziell, um die ghanaische Waldkrise zu lösen.

© Fred Pearce

Ein Ende dieses Zerstörungszugs ist nicht abzusehen. Ein Großteil der früher bewaldeten Provinz Riau im Zentrum Sumatras wurde offiziell zu einer Entwaldungszone erklärt. Hier soll bis Ende des Jahrzehnts Palmöl produziert werden. Die Produktion kommt anschließend zu uns. Etwa 30 Prozent der Palmöl-Exporte gelangen in die EU.¹¹

„Der Fußabdruck der EU im Bezug auf Abholzung ist nicht nur umweltschädlich: die Abholzung geschieht oft auch illegal.“

In Brasilien geht ein Großteil des Waldschwundes auf Sojaanbau und Rinderzucht zurück. Fast 90 Prozent der Rodungen im Amazonasgebiet für diese Zwecke war im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts noch illegal. Aber es war nicht genug, um den Weltmarkt zu beliefern. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde Soja zunehmend auch in den *Cerrado*-Savannen im südlichen Teil Brasiliens angebaut, und zwar auf Grasflächen und in Waldgebieten. Mehr als sechzig Prozent der *Cerrado*-Savannen – ein Gebiet mit einer Gesamtfläche, die der zusammengenommenen Größe Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands entspricht – ist nun Anbaugelände. Die meisten

Felder gehören Großgrundbesitzern wie z.B. Blaiero Maggi und Erai Maggi Scheffer, zwei Cousins, in deren Besitz sich eine halbe Million Hektar Sojafelder befindet, und die globale Märkte, einschließlich die EU, beliefern.¹²

Inzwischen weichen brasilianische Rinderzüchter auf der Suche nach neuem Weideland ins benachbarte Paraguay aus. Dort roden sie den entlegenen Chaco-Wald ab, in dem noch immer einige von der Zivilisation unberührte Gruppen aus dem Volk der Ayoreo leben. Die Rodung des Chaco-Waldes ist die größte und am schnellsten voranschreitende Zerstörung natürlichen Waldes, die jemals registriert wurde. Die Rodungen erfolgen meist illegal. Nur wenige Gemeinden wurden in Gespräche eingebunden, geschweige denn entschädigt. Das meiste produzierte Rindfleisch ist für den europäischen Markt bestimmt.

Die Spur der Illegalität und der Waldzerstörung, die hinter der Belieferung europäischer Märkte liegt, wird jeden Tag größer.

Der Waldschwund im Zusammenhang mit der Erzeugung von Palmöl breitet sich von Indonesien und Malaysia zu einigen hochkorrupten afrikanischen Ländern, und weiter nach Papua Neu Guinea aus, wo einer parlamentarischen Kommission zu

Folge im Jahr 2013 rund 90 Prozent der Anbaulizenzen, die eine Fläche von fünf Millionen Hektar betreffen, auf korruptem Wege erlangt wurden.¹³

Rund 40 Prozent des europäischen Kakaos stammen aus früheren Waldgebieten in Côte d'Ivoire, das eine lange Geschichte von Lohnsklaverei und sogar Kinderarbeit hat.

Ungezügelter gesetzswidrige Handlungen führen zu Korruption und systematischer Gewalt gegen Menschen, die versuchen, ihre Rechte zu verteidigen. Laut Global Witness wurden seit 2001 mehr als 900 Umweltaktivisten sowie Kämpfer für Landrechte umgebracht. In diesem Kontext wird Brasilien als das gefährlichste Land eingestuft.¹⁴



Indigene Völker wie die Baka in Kamerun leiden am meisten unter der Entwaldung. Die Anerkennung ihrer landbezogenen Gewohnheitsrechte ist fundamental, um Abholzung zu reduzieren. © Kate Davison Greenpeace

Box 2: Landrechte

Die New York Declaration on Forests sieht eine Verringerung der weltweiten Waldverluste um die Hälfte bis zum Jahr 2020 vor. Bis zum Jahr 2030 soll der globale Waldverlust komplett gestoppt sein. Die Deklaration geht viel weiter, wenn es darum geht, den Anteil landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei der Abholzung zu verringern, und auch im Hinblick auf Landrechte und Waldpolitik.

Die Vertragspartner – darunter die Regierungen von Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Belgien und der Niederlande – verpflichteten sich dazu, „die Ziele des privaten Sektors zu unterstützen, der Entwaldung, die mit der Herstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Palmöl, Soja, Papier und Rindfleischprodukte zusammenhängt, bis 2020 Einhalt zu gebieten“, also in nur fünf Jahren.

Die unterzeichnenden Staaten verpflichteten sich außerdem dazu, „Waldpolitik, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit“ in den Wäldern zu stärken, und „Gemeinden zu unterstützen, die Rechte der indigenen Völker anzuerkennen, insbesondere betreffend ihres Landes und ihrer Ressourcen“. Diese Versprechen – ebenfalls unterzeichnet von 53 größeren Unternehmen – entsprechen den zuvor getroffenen Zusagen des Consumer Goods Forums, das eine Reihe führender Unternehmen für Konsumentengüter repräsentiert, angeführt von Unilever und Nestlé.

Die Einhaltung solcher Zusagen im Bereich Waldpolitik wird unabdingbar sein, um den Entwaldungs-Stopp zu gewährleisten, da sich zunehmend herausstellt, dass niemand sonst die Wälder so gut schützen kann, wie die Menschen, die darin leben. Diese Menschen sind weit davon entfernt, ihre Umwelt zu gefährden – obwohl ein solcher Vorwurf routinemäßig von einigen Umweltschützern vorgebracht wird. Die Bewohner und Nutzer von Wäldern bieten die besten Möglichkeiten für einen erfolgreichen Schutz.

Vergleiche zwischen Wäldern in Gemeindebesitz und indigenen Reservaten einerseits und Naturschutzparks im Staatsbesitz andererseits haben mehrmals gezeigt, dass die ersteren besser geschützt sind, was auch positive Auswirkungen auf den Klimaschutz hat. Eine gemeinsame Studie des World Resources Institute (WRI) und der Rights and Resources Initiative aus dem Jahr 2014 kamen zu dem Ergebnis, dass „legale Waldrechte für die Gemeinden und der Schutz dieser Rechte durch die Regierung dazu beitragen, dass der Ausstoß von Kohlendioxid gesenkt und Entwaldung eingedämmt wird.“¹⁵ Andrew Steer, Vorsitzender des WRI, brachte es auf den Punkt: „Will man Entwaldung stoppen, muss man den Gemeinden Rechte einräumen.“

¹³ Pacific News Agency, 'Reports on land leases reveal corruption: PM O'Neill', 20 Sept. 2013.
¹⁴ www.globalwitness.org/deadlyenvironment

¹⁵ <http://www.wri.org/securingrights>

Was kann Europa gegen seinen versteckten Beitrag zur Entwaldung tun?

Die Aufgabe ist nicht aussichtslos. Viele Länder brauchen Hilfe, um Rechtmäßigkeit in ihre Wälder einkehren zu lassen. Sowohl Brasilien, als auch Indonesien haben kürzlich den Versuch unternommen, Waldschwind und Illegalität zu reduzieren. In Indonesien wurden die Gouverneure von zwei Provinzen, in denen illegal gerodet wurde, mit Haftstrafen belegt, weil ihnen Korruption bei der Lizenzvergabe für Plantagen nachgewiesen wurde. Die kürzlich gewählte Regierung beschäftigt sich außerdem mit Landrechten. Brasilien konnte den Waldschwind im Amazonasgebiet im letzten Jahrzehnt dramatisch reduzieren – dank staatlicher Maßnahmen, wie etwa der Verfolgung von Schlachthäusern, und auch dank der indigenen Gemeinden, die ihr Land heroisch verteidigen.

Solange allerdings die Märkte für illegale Güter offen bleiben, werden auch die Anreize für kriminelles Verhalten ungebrochen stark sein. Regierungen könnten Kriminalität und Rodungen viel leichter bekämpfen, wenn illegal angebaute Erzeugnisse nicht frei auf internationalen Märkten verkauft werden könnten. Die EU sollte diesen Regierungen vorrangig helfen, indem jene Waren, die in den Herkunftsländern illegal sind, auch in Europa verboten würden.

Was sollen wir tun? Die Legalität und Nachhaltigkeit in der Lieferkette der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für die EU zu gewährleisten, wird gewiss eine komplexe Aufgabe sein. Das genaue gesetzliche Regime wird vermutlich aus einem Prozess von Versuchen und Irrtümern entstehen. Aber um Junckers Versprechen, die EU solle weiterhin weltweit mit gutem Beispiel vorangehen, einzulösen, braucht es nun einen Aktionsplan. Es wird nötig sein, politikfeldübergreifende Initiativen zu ergreifen, angefangen bei der Official Development Assistance (ODA), also der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, über Unternehmensfinanzierung, Industrieregulierung und öffentlicher Auftragsvergabe, bis hin zu Handelsregeln, Produktkennzeichnung und der Stärkung von Konsumenten. In erster Linie braucht es jedoch politischen Mut.

Glauben wir den größten Produzenten von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern, so wurden wir in den letzten zwei Jahren Zeugen einer beginnenden Revolution der Lieferkette. Firmen wie Nestlé, Unilever und das weltweit größte Kosmetikunternehmen L'Oréal haben öffentlich zugesagt, dass ihre Produkte nicht mehr auf Kosten der Wälder entstehen sollen. Ein Dutzend größerer Banken, darunter Barclays, Santander und Goldman Sachs haben

Forstwirtschaftlich genutzter Wald in Long Bagun, East Kalimantan, Indonesien. Umwandlung zu landwirtschaftlicher Nutzfläche führt zu totaler Zerstörung der Wälder, Holzschlag kann weniger negative Auswirkungen haben.

© Michael Padmanaba/CIFOR/FlickrCC



sich vertraglich verpflichtet, bis 2020 damit aufzuhören, Aktivitäten zu finanzieren, die zu Waldschwind führen.¹⁶

Manche Firmen haben auch direkt soziale Themen angesprochen. PepsiCo beispielsweise verkündete „Null Toleranz für... Verdrängung von legitimen Landrechtebesitzern... ganz gleich, ob diese Rechte indigen sind, auf Gewohnheit oder Beschäftigung beruhen, informell sind, oder ob sie derzeit durch das Gesetz geschützt oder formell protokolliert sind“.¹⁷

All das sind gute Nachrichten. Aber wir können diese Firmen nicht alleine lassen mit der Aufgabe. Ihre freiwillig getroffenen Zusagen müssen erst noch in der Praxis implementiert werden. Wenige der Unternehmensstandards befassen sich wirklich mit dem Thema der Rechtmäßigkeit. Häufig ignorieren sie die weit verbreitete Praxis, Genehmigungen und Lizenzen für Rodungen und landwirtschaftliche Aktivitäten illegal zu erteilen, und das Prinzip des freiwilligen, rechtzeitig erfolgten und informierten Einverständnisses der betroffenen Gemeinden ist nicht einmal ein Lippenbekenntnis wert.

Kein Unternehmen hat bislang ausreichend Transparenz über die eigenen Aktivitäten hergestellt, damit die Fortschritte von außen beurteilt werden könnten. Dass Fehler öffentlich werden, dafür sorgen noch immer Whistleblower und kostspielige Ermittlungen durch nichtstaatliche Organisationen (NGOs) wie etwa Greenpeace.

Der nächste Schritt ist also, dass große Firmen ihre Lieferketten vollständig überprüfen lassen und eine unabhängige öffentliche Revision ihrer Tätigkeit im Hinblick auf Landrechte und Waldschwind zulassen. Einige haben bereits Schritte in diese Richtung unternommen. Nestlé, der weltweit größte Lebensmittelproduzent, überprüft nun die Besitzverhältnisse der eigenen Lieferanten, mit Hilfe des Consultings von ProForest

Eine detaillierte Analyse und Empfehlungen sind in unseren Berichten **„Gestohlene Waren: Die EU ist an illegaler Entwaldung tropischer Wälder beteiligt“** (www.fern.org/stolengoods) und **‘Catching it all; Making EU illegal logging policies work for forests and people’** (www.fern.org/catchingitall) nachzulesen, ebenso wie in dem noch nicht erschienenen Bericht über Company Reporting.



und TFT. Es wurde bereits herausgefunden, dass nur 58 Prozent der Schokoladenproduzenten in Côte d'Ivoire über gesicherte Landrechte verfügten, was eine Bedrohung für die Lieferungen wie auch für die Bauern darstellt.¹⁸

Solche Überprüfungen sollten die Norm darstellen. Sie sollten wichtiger Bestandteil der mit gebotener Sorgfalt durchgeführten Risikoprüfung sein. Unternehmen brauchen solche Prüfungen für ihre eigene Unternehmensführung. In vielen Fällen werden diese Prüfungen zu Tage fördern, dass die Unternehmen auf illegal produzierte Erzeugnisse zurückgreifen. Damit riskieren sie den Ruf ihrer Marke, es ist aber auch ein direktes Risiko für ihren Reingewinn, da entsprechende Investitionen häufig aufgegeben oder verschoben werden müssen, wenn es zu Landkonflikten mit der lokalen Bevölkerung kommt.¹⁹

Die EU sollte solche Überprüfungen vorschreiben und Investitionen in Projekte, die zu illegaler Abholzung oder Verstößen gegen Land- und Menschenrechte führen, kriminalisieren. Ethische Unternehmen sollten einen solchen Zug begrüßen. Sie können ihre Versprechen nur im Rahmen von Gesetz und Transparenz erfüllen, wo die „good guys“ sich gegen „free riders“ durchsetzen müssen, die das System ausnutzen wollen, um Marktanteile zu gewinnen.

„Aber wir können diese Firmen nicht alleine lassen mit der Aufgabe. Ihre freiwillig getroffenen Zusagen müssen erst noch in der Praxis implementiert werden.“

Wir glauben, viele Firmen würden Gesetze in Konsumentenländern begrüßen, ebenso wie Abkommen zwischen Herkunfts- und Zielländern für Konsumgüter, um den Handel illegaler Waren zu stoppen. Manche geben das auch offen zu. Beispielsweise sagte Mark Bowman, Managing Director für SABMiller in Afrika, der weltweit zweitgrößten Brauerei, im Jahr 2014, dass die derzeitige Lage, in der Firmen sich freiwillig verpflichten können, dazu führt, dass „schlechte Investoren sich über die Rechte von bäuerlichen Kleinbetrieben und Gemeinden hinwegsetzen können“, was es „schwierig macht für gute Investoren, die so wirtschaften wollen, dass es der lokalen Bevölkerung und der Umwelt zu Gute kommt“.²⁰ Dies könnte sich, so Bowman, ändern, wenn es stark verankerte und rechtlich durchgesetzte Landrechte gäbe.

Schlussendlich können nur Regierungen die Probleme der Illegalität und der Landrechte anpacken. Gutes zu fördern muss

16 <http://www.cisl.cam.ac.uk/business-action/sustainable-finance/banking-environment-initiative>

17 https://www.pepsico.com/Assets/Download/PepsiCo_Land_Policy.pdf

18 [http://rightsandresources.org/wp-content/uploads/RRI4087_AR2014r11B3.pdf]

19 www.rightsandresources.org/documents/files/doc_5715.pdf

20 <http://edition.cnn.com/2013/06/18/opinion/land-grabs-africa-mark-bowman/>

Hand in Hand gehen mit Maßnahmen, die Schlechtes bestrafen, um sicherzustellen, dass die „guten“ Produkte am Markt nicht unterminiert werden, und um die Nachfrage zu dämpfen, wenn sie über nachhaltiges Angebot hinauswächst.

„Die EU sollte solche Überprüfungen vorschreiben und Investitionen in Projekte, die zu illegaler Abholzung oder Verstößen gegen Land- und Menschenrechte führen, kriminalisieren.“

Legalität ist natürlich nicht dasselbe wie Nachhaltigkeit. Aber das Zweite ohne das Erstere zu erreichen, ist unmöglich. Es ist politisch gesehen wahrscheinlicher, dass die konsumierenden Länder mehr Erfolg haben, wenn sie den Lieferländern helfen, ihre bestehenden Gesetze durchzusetzen, als wenn sie von ihnen verlangen, den Nachhaltigkeitsdefinitionen anderer Länder zu entsprechen.

VPAs: Ein Modell zur Regulierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Ein mögliches Modell für einen legalen Handel landwirtschaftlicher Erzeugnisse könnte sich an dem bereits etablierten System orientieren, Holz aus illegalen Quellen von den europäischen Märkten auszuschließen. Im Jahr 2003 verabschiedete die EU einen Aktionsplan zur Rechtsdurchsetzung,

Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (Abkürzung: FLEGT). Die darin enthaltenen Maßnahmen zielen darauf ab, illegale Rodungen zu reduzieren und zugleich die Rechte der Gemeinden auf bewaldetes Land zu stärken. Firmen, die Holz und Holzprodukte in die EU importieren, müssen sich Prüfungen mit gebotener Sorgfalt unterziehen, um sicherzustellen, dass das Holz nicht illegal gerodet wurde, und dass die Produktion unter legalen Bedingungen erfolgte. Ansonsten wird die Holzlieferung im Hafen gestoppt.

Diese Anforderung wird ergänzt durch eine Reihe von Voluntary Partnership Agreements (VPAs), also Freiwillige Partnerschaftsvereinbarungen zwischen der EU und den produzierenden Ländern. Diese Handelsvereinbarungen sind rechtlich bindend und setzen in den produzierenden Ländern Regeln fest, mit Hilfe derer

Nähere Informationen dazu sind im Fern-Bericht **‘Catching it all; Making EU illegal logging policies work for forests and people’** (www.fern.org/catchingitall) zu finden. Unter anderem wird vorgeschlagen, eine ähnliche Regulierung zu entwickeln wie die EU-Holzhandelsverordnung, allerdings im Hinblick auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, die unter rechtswidrigen Umständen produziert wurden.



Die Nachfrage nach international gehandelten, landwirtschaftlichen Produkten ist der wichtigste Grund für die Abholzung in den Tropen. © Daniel Beltrá / Greenpeace





Kleine und mittlere Unternehmen müssen von VPAs profitieren. Montée Parc Market, Yaoundé, Kamerun.

© Ollivier Girard/CIFOR/Flickr

Handel mit illegal gerodetem Holz unterbunden werden soll. Diese Vereinbarungen wurden auf Drängen der EU hin unter Einbeziehung von Gemeinden und Interessensgruppen getroffen. Außerdem sollen diese Vereinbarungen auch dazu dienen, Landrechte zu sichern. Wenn die einzelnen Exporteure das Abkommen unterzeichnet haben, müssen sie nicht mehr für jeden Auftrag einzeln eine Sorgfältigkeitsprüfung absolvieren, weil davon ausgegangen wird, dass ihr Holz legal ist. Bislang wurden sechs VPAs unterzeichnet: mit Indonesien, Kamerun, Ghana, Liberia, der Zentralafrikanischen Republik und der Republik Kongo. Neun weitere werden derzeit verhandelt.

In der Praxis reichen die Auswirkungen der entsprechenden Regelungen weit über die europäischen Märkte hinaus. Alle Länder, die VPAs unterzeichnet haben, haben das gleiche Regelwerk im Hinblick auf die gesetzmäßige Produktion von Holz auch auf den gesamten Binnenhandel und Export ausgeweitet. Laut einer Schätzung wird mehr als 75 Prozent des Gesamtwerts aus dem grenzüberschreitenden Holzhandel aus den Tropenländern von Ländern erzielt, die dabei sind, ein VPA zu unterzeichnen oder es bereits unterzeichnet haben.

„Schlussendlich wird es aber nötig sein, neue Regeln aufzustellen. Es braucht einen weiter gefassten Aktionsplan gegen Entwaldung, der über die FLEGT-Regeln zum Thema Landrechte und Handel hinausgeht und auch landwirtschaftliche Erzeugnisse umfasst.“

Ein Schwachpunkt des Aktionsplans FLEGT in seiner derzeitigen Form betrifft den Umstand, dass Holzschlag nicht als Begleiterscheinung von Rodungen zur Gewinnung von Anbaufläche oder Bergbau abgedeckt wird. Als man sich vor

einem Jahrzehnt auf FLEGT einigte, war diese Art von Holz, das als Abfallprodukt geschlagen wurde („salvage“ oder „conversion timber“), kein wichtiger Bestandteil im Welthandel. Aber da landwirtschaftliche Erzeugnisse immer stärker zu Entwaldung führen, stammt nun das meiste Holz aus VPA-Ländern aus der Umwidmung („conversion“) von Wäldern zu Anbaugeländen für kommerzielle Landwirtschaft. Viele dieser Umwidmungen sind illegal, aber oft ist es so, dass die nationalen VPAs diesbezüglich keine Vorschriften enthalten, das heißt, sie erstrecken sich nicht auf Holz, das in einem Gebiet geschlagen wurde, welches illegal für landwirtschaftliche Zwecke umgewidmet wurde.

Daher unterminiert der Handel von landwirtschaftlichen Erzeugnissen die EU-Reformen im Hinblick auf Holzhandel. Dieses Problem sollte ehestmöglich diskutiert werden. Eine bessere Formulierung der VPAs könnte Abhilfe schaffen.

Schlussendlich wird es aber nötig sein, neue Regeln aufzustellen. Es braucht einen weiter gefassten Aktionsplan gegen Entwaldung, der über die FLEGT-Regeln zum Thema Landrechte und Handel hinausgeht und auch landwirtschaftliche Erzeugnisse umfasst, insbesondere jene, die einen großen Fußabdruck in der impliziten Entwaldung hinterlassen. Ein solcher Aktionsplan könnte mit Produkten wie Palmöl, Soja und Rindfleisch beginnen. Damit könnte wohl kaum ein vollständiger Stopp der Entwaldung gewährleistet werden, aber es würden legale Verhältnisse geschaffen, ohne die es unmöglich ist, dem Waldschwund ein Ende zu bereiten.

Ein solches Regelwerk würde bedeuten, dass nur Erzeugnisse von Grundstücken, die legal von Wäldern in landwirtschaftliche Nutzflächen umgewidmet wurden, in die EU importiert werden dürften. Lieferanten müssten den Beweis erbringen, dass ihre Produkte nicht von illegal geschlagenem Land stammen, und dass die Regeln unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft aufgestellt wurden.

Die Regeln müssten auch mit international vereinbarten Normen über Besitzverhältnisse übereinstimmen, darunter auch mit den entsprechenden Normen der EU, den UNO-Richtlinien zur verantwortungsbewussten Verwaltung von Land, Fischereien und Wäldern, sowie mit der vorgeschlagenen UN-Deklaration der Rechte der Bauern und anderer auf dem Land arbeitender Personen.²¹

Finanzen: immer dem Geld nach

Unternehmenspolitik ist stark von der Ethik und den Erwartungen der Investoren bestimmt. Europäische Finanzinstitute, also Banken, Hedge Fonds und Pensionsfonds, zählen zu den wichtigsten Sponsoren von großen landwirtschaftlichen Unternehmen, die ihre Waren in die EU exportieren. Laut der Analyse von Fern haben 20 Finanzinstitute in der EU derzeit insgesamt fast 18 Milliarden US-Dollar Investitionen als Darlehen an ausländische, landwirtschaftliche Unternehmen in Entwicklungsländern vergeben oder Garantien für solche Darlehen abgegeben. Drei der fünf wichtigsten nationalen Zielländer dieser Investitionen sind die Hotspots des Kahlschlags, nämlich Indonesien, Brasilien und Malaysia.

Die europäischen Top Investoren sind HSBC, Standard Chartered und die Deutsche Bank. Alle waren während des Preisbooms für Rohstoffe zwischen 2007 und 2011 aktiv, was zu einem „land rush“ führte, also zu einem plötzlichen Anstieg des Anbaus, mitunter auf zuvor bewaldeten Gebieten.

„Möglichkeiten, innerhalb der EU Kontrolle auszuüben, könnten die Pensionsfondsrichtlinie miteinschließen, ebenso wie Regelungen für Kreditratingagenturen und die vorgeschlagene Richtlinie über den Rechtsanspruch der Aktionäre.“

Theoretisch sind viele Banken und Pensionsfonds daran interessiert, sauber zu wirtschaften. Sie bekunden ihr Festhalten an international gültigen, ethischen Standards, wie etwa den Äquator-Prinzipien, die unter anderem vorsehen, dass die Unternehmen im Vorfeld das freiwillige und informierte Einverständnis von Gemeinden einholen müssen, die aufgrund der Aktivitäten der Unternehmen möglicherweise umgesiedelt werden.

Diese hehren Prinzipien werden in der Praxis allerdings nicht immer verwirklicht. Es wird nicht verlangt, dass über die Implementierung der Äquator-Prinzipien Bericht erstattet wird. Das gilt lediglich für Minen und andere sehr groß angelegte

Projekte im Wert von 100 Millionen US-Dollar oder mehr.²² Außerdem neigen die Unternehmen dazu, ihre ethischen Versprechen sehr allgemein zu formulieren. Ein Investmenthaus, das sich dazu bekennt, Entwaldung zu vermeiden oder die Rechte der indigenen Bevölkerung zu wahren, kann nur dann zur Rechenschaft gezogen werden, wenn es auch spezielle *Operating Procedures* implementiert, die überprüft werden können, oder wenn es sich einer externen Umweltverträglichkeits- und Sozialprüfung stellt. Die meisten Unternehmen verzichten jedoch auf beides.

Die Schere zwischen den Prinzipien und der Realität kann also stark auseinanderklaffen. Die Deutsche Bank hat die New York Declaration on Forests unterzeichnet und heftet sich grüne Anleiheportfolio an die Fahnen, als ein Zeichen für Unternehmensverantwortung. Zugleich finanziert die Deutsche Bank zwei vietnamesische Hersteller von Gummi, die in die illegale Abholzung von intakten Wäldern und in fragwürdige Deals in Kambodscha und Laos verwickelt sind. Gemeint sind das Unternehmen Hoang Anh Gia Lai und die staatliche Vietnam Rubber Group.²³

Es ist davon auszugehen, dass es nicht im Sinne des durchschnittlichen Bankkunden ist, dass seine Einlagen für Holzschlag aufgewendet werden. Wenn die Kunden Bescheid wissen, können Sie mit einer starken Präsenz an der High Street Druck auf die Finanzhäuser ausüben. Beispielsweise versprach Santander im Februar 2015, nicht länger die Firma Asia Pacific Resources International (APRIL) zu finanzieren, nachdem Greenpeace herausgefunden hatte, dass APRIL maßgeblich an der Zerstörung des indonesischen Regenwaldes beteiligt war und diese Enthüllung eine engagierte Konsumentenkampagne zur Folge hatte. Die Bank versprach, dass „alle weiteren Kredite an APRIL an Bedingungen geknüpft würden.“ APRIL müsse neue Maßnahmen implementieren, die auf Nachhaltigkeit abzielten und dazu angetan seien, den Beitrag APRILs zum Waldschwund zu verringern.²⁴

Für weitere Informationen und Empfehlungen siehe den Fern-Bericht **‘Clear cut; Making EU financial institutions work for people and forests’** (www.fern.org/clearcut) Es geht unter anderem darum, dass die EU-Regelungen für den Finanzsektor dafür sorgen, dass die existierenden Risikoprüfungen mit gebotener Sorgfalt durchgeführt werden.



21 <http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGPleasants/Session2/ChristopheGolay.pdf>

22 www.equator-principles.com

23 www.globalwitness.org/rubberbarons/

24 <http://www.greenpeace.org.uk/media/press-releases/santander-stop-funding-forest-destruction-indonesia-20150225>

Box 3: Free riders

Kürzlich durchgeführte Untersuchungen zeigten, dass freiwillige Zugeständnisse von landwirtschaftlichen Unternehmen und ihren Investoren Schwächen haben. Im Dezember 2013 verkündete Wilmar, der weltweit größte Produzent und Händler von Palmöl, angesiedelt in Singapur, eine neue Landpolitik, basierend auf dem Versprechen „no deforestation, no peat, no exploitation“ („keine Entwaldung, kein Torf, keine Ausbeutung“). Aber es war leichter gesagt als getan. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, wiederholt gewaltsam in neue Entwicklungen in Liberia, Nigeria, Indonesien und anderswo eingegriffen zu haben. In Uganda wird dem Unternehmen in einem Fall, der Anfang 2015 vor Gericht kam, vorgeworfen, einen langwierigen Streit mit Bauern nicht beigelegt zu haben. Die Bauern wurden 2011 von ihrem Land auf der Kalangala Insel im Victoriasee vertrieben, um Platz zu machen für Palmöl-Plantagen.²⁵

Zu den wichtigsten finanziellen Unterstützern von Wilmar zählen HSBC, die größte europäische Bank, deren veröffentlichten umweltpolitischen Maßnahmen von NGOs hochgelobt wurden. Anfang 2015 rangierte die Bank im Global Canopy Programme's Forest 500 Project als eine von nur sieben Gesellschaften – darunter als einziges Finanzinstitut – mit „Höchstbewertung“ der Unternehmenspolitik im Hinblick auf Waldschutz durch die Kontrolle von globalen Lieferketten.²⁶ Aber zwischen Unternehmenspolitik und Unternehmenspraxis klafft eine alarmierende Lücke.

Die neuesten Enthüllungen beweisen, dass die HSBC-Prinzipien in Sachen Steuerehrlichkeit sich stark von der Praxis der systematischen Unterstützung von Steuervermeidung unterscheiden. Dasselbe gilt für die ökologischen Maßnahmen. Global Witness hat herausgefunden, dass HSBC ein wichtiger Geldgeber für Firmen ist, die für Rodungen und anschließenden Anbau von Palmöl in Sarawak im malaysischen Borneo verantwortlich sind. HSBC hat geschätzte 130 Millionen US-Dollar investiert. Die NGO zog die Schlussfolgerung, dass „vier von HSBCs laufenden Kunden in Sarawak systematisch gegen die bankeigene interne Kreditvergabepolitik im Bereich Forstwirtschaft“ verstoßen hat, insbesondere im Hinblick auf die Anforderung, dass die Projekte ein Zertifikat des Forest Stewardship Council vorweisen müssen.²⁷

Aber Hedge Fonds beispielsweise sind mitunter resistent gegen diese Art von Druck. Sie kommen damit durch, weil es derzeit kein Regelwerk gibt, welches den Finanzsektor zwingen würde, ökologische und soziale Probleme zu bekämpfen, die aus landwirtschaftlichen Geschäftsprojekten entstehen. Dies trifft sogar dann zu, wenn entsprechende unternehmerische Vorhaben nicht gesetzeskonform sind und nicht den Normen der Länder entsprechen, in denen die Investition getätigt wird.

Das muss sich ändern. Möglichkeiten, innerhalb der EU Kontrolle auszuüben, könnten die Pensionsfondsrichtlinie miteinschließen, ebenso wie Regelungen für Kreditratingagenturen und die vorgeschlagene Richtlinie über den Rechtsanspruch der Aktionäre. Vieles spricht jedoch dafür, dass es eine neue Investmentregelung geben müsste, und zwar für landwirtschaftliche Projekte, die Wälder bedrohen oder zu Landraub führen. Bei der laufenden Überprüfung von Regelwerken zur Kontrolle des Finanzsektors sollten solche Ideen Berücksichtigung finden.

Der Land- und Warenboom ist möglicherweise nicht mehr so erhitzt, da die Warenpreise seit 2012 fallen (rohes Palmöl kostet beispielsweise 40 Prozent weniger als zu Beginn von 2011, und zugleich sind die Aktienpreise von Wilmar, dem weltweit größten Produzenten, um 50 Prozent gesunken). Aber Entwaldung und missbräuchliche Nutzung von Land setzen sich fort. Angesichts der dahinterliegenden Antriebsmotoren wie etwa der steigenden Bevölkerungszahlen und einer wachsenden globalen Mittelschicht, könnte ein teilweiser Aufschub von nur kurzer Dauer sein. Es ist nun an der Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, die auch beim nächsten Preisanstieg dafür sorgen, dass dem Missbrauch ein Riegel vorgeschoben wird.

Staatsausgaben: ODA (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) und öffentliche Auftragsvergabe

Es ist unverkennbar, dass der konventionelle Waldschutz nicht mehr ausreicht, um Wälder zu bewahren. Selbst wenn es einen boomenden Markt für Klimakompensation gäbe, wäre es wohl kaum kommerziell ausreichend attraktiv – oder sozial akzeptabel – um den Waldschlag zu Gunsten kommerzieller landwirtschaftlicher Nutzung einzudämmen. Dies wirft wichtige Fragen über die Rolle ausländische Hilfe auf.

Die EU-Hilfe für Waldschutz wurde in den letzten Jahren stark erhöht. Viel von den fast 500 Millionen Euro, die jedes Jahr für Waldschutz aufgewendet werden, ist zweckgebunden für den Klimaschutz. Die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Artenvielfalt übersteigt inzwischen 300 Millionen Euro, wobei ein Großteil davon für Wälder aufgewendet wird.

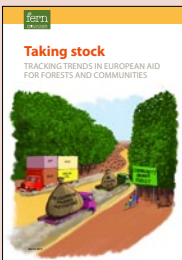
Die Gefahr ist jedoch folgende: Wenn es keine anderen Maßnahmen gibt, um die kommerziellen Triebmotoren für Waldschwund einzudämmen, dann hat es möglicherweise keinen Sinn, EU-Hilfsgelder in Waldschutz zu investieren. Viele sind

25 www.foeeurope.org/Uganda-palm-oil-court-land-grab-190215

26 www.globalcanopy.org/forest500

27 <http://www.globalwitness.org/library/hsbc-rakes-us130-million-bankrolling-rainforest-destruction-and-human-rights-abuses-malaysia>

Um besser zu verstehen, wohin EU-Finanzierung umgeleitet werden sollte und wie man ausschließlich nachhaltige Produkte konsumieren kann, siehe die Fern-Berichte über die europäische Entwicklungspolitik (www.fern.org/trackingtrends), über öffentliche Auftragsvergabe (www.fern.org/publicprocurement), und über Klimapolitik (www.fern.org/fightingfossilfirst) Die wichtigsten Empfehlungen umfassen die Stärkung der Besitzrechte lokaler Gemeinden und sollen gewährleisten, dass fossile Brennstoffe im Boden verbleiben. Es wird außerdem herausgestrichen, dass es eine öffentliche Auftragsvergabe für landwirtschaftliche Erzeugnisse braucht



der Meinung, es wäre sinnvoller, die Budgetmittel direkt für den Kampf gegen diese Triebmotoren aufzuwenden. Im Einzelnen bedeutet es, dass das große Budget für Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Landwirtschaft reformiert werden müsste. In Zukunft sollte sichergestellt werden, dass die Investitionen nicht zum Waldschwind beitragen und auch nicht daran beteiligt sind, dass freiwillige UN-Richtlinien über verantwortungsbewusste Bewirtschaftung des Landes gebrochen werden, denn solche Richtlinien wurden von der EU und den Mitgliedsstaaten unterzeichnet und unterstützt. Diese mangelnde Kohärenz muss beseitigt werden, wenn die EU das Problem des Waldschwindes lösen will.

Inzwischen müssen die REDD-Pilotprojekte, wie etwa jene, die derzeit von der Weltbank mit europäischem Geld geplant werden, darauf abzielen, die geforderten Bedingungen für die Erhaltung der Wälder einzuhalten. Dazu gehört auch die Stärkung der Rechte der Bewohner, wobei diese Rechte sich sowohl auf das Land, als auch auf die Ressourcen beziehen. Es soll auch die Bewirtschaftung des Landes verbessert werden. Dabei sind die Prinzipien, die FLEGT zugrunde liegen, zu berücksichtigen. Das bedeutet, solche Projekte sollten nicht in Ländern mit einem schwachen Waldmanagement und unsicheren Landbesitzverhältnissen durchgeführt werden, es sei denn, die entsprechenden Fragen werden im Vorfeld angesprochen. Es ist wichtiger, die Verwaltung zu kontrollieren als den Kohlenstoffausstoß – das zu begreifen würde ebenfalls einen Schritt in die richtige Richtung bedeuten.

mit anderen Konsumentenländern zusammenzuarbeiten und durch eine öffentliche Auftragsvergabepolitik „rodungsfreie Lieferketten zu fördern, um Rohstoffe wie Palmöl, Soja, Rindfleisch und Holz nachhaltig zu erzeugen“. Frankreich kam später dazu.

Dies ist ein guter Anfang, denn vieles konnte erreicht werden. Laut den Schätzungen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entfallen rund 12 Prozent des BIP auf öffentliche Auftragsvergabe.²⁸ Die Zahl könnte bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufgrund öffentlicher Catering Dienste in Schulen, Krankenhäusern, Bürokantinen, Gefängnissen und Heimen noch höher sein.

In bestimmten Märkten haben öffentliche Körperschaften eine große Bedeutung als Einkäufer und können aus dieser Position heraus Veränderungen innerhalb der gesamten Lieferkette anregen. Die europäische Politik im Hinblick auf Auftragsvergabe bei Holz wurde so zum Standard für den gesamten Output der liefernden Firmen.

Innerhalb der EU fällt die öffentliche Auftragsvergabe in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten, obwohl einige freiwillige EU-weite Kriterien für nachhaltige Auftragsvergabepolitik entstanden sind, darunter auch für Nahrungsmittel. Es handelt sich dabei um Bioprodukte, Futtermittel und Recycling von Verpackungen, obwohl bislang nur eine Minderheit mit entsprechenden Verträgen abgedeckt ist.

Um jedoch effektiv zu sein, muss die öffentliche Auftragsvergabe einfach funktionieren, damit sie von unterschiedlichen Agenturen umgesetzt werden kann. Die Lieferanten müssen wissen, wo sie stehen. Ein Modell sieht vor, industrielle Zertifizierungsstandards vorzuschreiben, wie etwa bei den runden Tischen für Palmöl, Soja und Rindfleisch oder anderen Schemata, wie den Fairtrade und Rainforest Alliance Siegeln. Ein anderes Modell folgt der Logik, dass die Mitgliederstaaten ihre eigenen Standards entwickeln und Zertifizierungsschemata fördern, um diese zu erfüllen. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil, dass es zu Verbesserungen innerhalb der Zertifizierungsschemata selbst führen könnte.

Wie auch immer sie umgesetzt wird, die öffentliche Auftragsvergabe zählt zu den effektivsten Möglichkeiten, Veränderungen herbeizuführen.

Biomasse und Biotreibstoffe

Rund 60 Prozent des europäischen Fußabdrucks im Bezug auf Abholzung hängt mit der Produktion und dem Konsum von Nahrungsmitteln zusammen. Zu den anderen Gründen zählen Baumwolle, Gummi und Biomasse – für die direkte Verbrennung in Kraftwerken oder zur Weiterverarbeitung zu flüssigen Biotreibstoffen.

Die EU-Mitgliedsstaaten sollten dafür sorgen, dass ihre Politik im Bezug auf öffentliche Auftragsvergabe mit ihrem Bestreben in Einklang zu bringen ist. Im Zuge des New Yorker Klimagipfels machten Großbritannien, Deutschland und Norwegen Zusagen,

28 OECD, 'Size of public procurement market', in Government at a Glance 2011, OECD Publishing http://dx.doi.org/10.1787/gov_glance-2011-46-en

Die EU hat eine führende Rolle bei der Entwicklung von Biokraftstoffen aus landwirtschaftlichen Kulturen inne. Auf diese Weise lassen sich Treibhausgasemissionen von Verkehrsmitteln reduzieren. Bioethanol kann Benzin und Biodiesel kann Diesel auf Erdölbasis ersetzen. Im Jahr 2009 setzte die EU-Richtlinie für erneuerbare Energien den Mitgliedsstaaten das Ziel, 10 Prozent der Energie für den Verkehr aus erneuerbaren Energien herzustellen (vor allem Biokraftstoffe mit herkömmlichem Kraftstoff gemischt), und zwar bis 2020.

Dahinter steckt der Gedanke, dass brennende Biokraftstoffe fast klimaneutral sind. Das liegt daran, dass die Kohlenstoffemissionen von brennenden Biokraftstoffen theoretisch durch das Nachwachsen der Pflanzen ausgeglichen werden, da der entstandene Kohlenstoff mit jeder neuen Ernte aus der Atmosphäre absorbiert wird. Aber die Wissenschaft hinter dem Plan ist nicht korrekt. Es werden die Emissionen, die die benötigte Energie schaffen, um den Biokraftstoff herzustellen, nicht berücksichtigt, ebenso wenig wie die erheblichen indirekten Emissionen der Landnutzungsänderungen, die erforderlich sind, um Energiepflanzen anzubauen. Zucker, Palmöl, Mais und Jatropha – vor allem wenn sie in früherem Waldgebiet angebaut werden oder wenn sie die Nahrungsmittelproduktion in solchen Gebieten verdrängen – können indirekte Emissionen hervorrufen, die stärker sind, als die Emissionen aus der Verbrennung des ersetzten Benzins.

Die Richtlinie über die erneuerbaren Energien sieht vor, dass die Energiepflanzen, die verbrannt werden, um die Ziele der Richtlinie zu erreichen, nicht in Gebieten angebaut werden sollten, die früher primär bewaldet waren. Dadurch wird allerdings nicht verhindert, dass der Anbau anderer Pflanzen in solche Gebiete verlegt wird.

„Dahinter steckt der Gedanke, dass brennende Biokraftstoffe fast klimaneutral sind. Das ist nicht korrekt“

Zunächst hatte die EU gehofft, dass fast alle Biokraftstoffe in den Mitgliedstaaten angebaut werden könnten. Aber in der Praxis ist die EU Netto-Importeur von Rohstoffen, die für Biokraftstoffe benötigt werden. Vieles davon kommt aus tropischen Ländern wie Indonesien und Brasilien. Aus Brasilien stammt mehr als die Hälfte des Bio-Ethanol im internationalen Handel, und die EU stellt den zweitgrößten Markt dar.

Daraus ergibt sich eine ernsthafte Frage über die klimatischen Vorteile der finanziellen Unterstützungen der EU für Biokraftstoffe. Derzeit betragen die Subventionen 5 Milliarden Euro pro Jahr. Mit solchen Ausgaben wird in manchen Fällen die Abholzung in Indonesien, Malaysia, Brasilien und anderswo finanziert – ohne dass ein erkennbarer Vorteil im Hinblick auf Kohlenstoffemissionen festzustellen wäre. Außerdem steigt die Nachfrage nach Rohstoffen, die auch für Lebensmittelproduktion



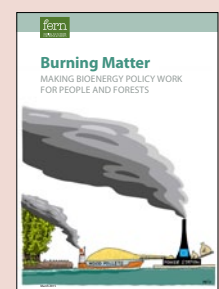
eingesetzt werden – wie etwa Palmöl und Zucker – wodurch die Nahrungsmittelpreise steigen und der Waldschwund noch stärker zunimmt. Die Auswirkungen auf die Ernährungssicherung sind daher ebenfalls verheerend.

Ein radikales Umdenken ist nötig. Eine neue Generation von Biokraftstoffen könnte eines Tages die Kopplung zwischen Land und Wäldern kappen. Bis dahin sollten Subventionen für Biokraftstoffe vom Land gestrichen werden; stattdessen sollte man sich auf Biokraftstoffe konzentrieren, die sich aus anderen Quellen speisen. Das eingesparte Geld könnte genutzt werden, um Technologien zu entwickeln, die Transportemissionen direkt reduzieren und strengere Emissionsstandards für Treibstoffe ermöglichen.

Die EU hat außerdem das direkte Verbrennen von Biokraftstoffen für Heizung und Strom unterstützt. Eines der größten Kraftwerke in Europa, Drax in England, wird aus Kohle und Biomasse gespeist. Die in der EU produzierte Energie aus Biomasse soll sich im Zeitraum zwischen 2008 und 2020 verdreifachen. Die Frage ist jedoch, ob es sich dabei tatsächlich um einen Vorteil für das Klima handelt.

Potenzielle Treibstoffe aus Biomasse umfassen landwirtschaftliche Reste, organischen Abfall und

Weitere Informationen und Empfehlungen dahingehend, was die EU tun kann, um sicherzustellen, dass ihre Bioenergiepolitik nicht zu Waldschwund führt, sind im folgenden Dokument zu finden: **Burning matter; making EU climate and bioenergy policy work for forests** siehe www.fern.org/burningmatter





Die EU Nachfrage nach Biomasse sollte auf das begrenzt werden, was nachhaltig produziert werden kann. © David Dodge, Green Energy Futures Flickr/CC

Grasgewächse wie etwa Elefantengras. Aber Holz aus dem Wald ist bei weitem der häufigste Biomasse-Treibstoff in der EU, weil er mehr Energie liefert, billig ist, und leicht zu transportieren ist, vor allem in Form von Pellets. Die EU ist der weltweit größte Produzent und Konsument von Holzpellets für Biomasse-Energie. Da die EU 50 Prozent mehr konsumiert, als sie produziert, wird ein Großteil davon importiert.

Das wirft die Frage auf, ob der Wald, der gerodet wird, um die europäischen Kraftwerke zu speisen, zum Waldschwind beiträgt. Man zeigte sich meist besorgt über mögliche Importe von Holzpellets aus Brasilien, während zu Beginn 2015 Umwelt-NGOs in den USA ebenfalls Befürchtungen äußerten. Sie warnten, die südöstlichen Staaten der USA könnten in diesem Jahr sechs Milliarden Tonnen an Holzpellets in die EU exportieren, was „Entwaldung und Walddegradation in den USA“ zur Folge hätte.²⁹

Selbst wenn alle Bäume, die zu Pellets verarbeitet wurden, durch neue ersetzt werden sollten, so werden die Emissionen von verbrannten Holzpellets sehr viel länger in der Atmosphäre bleiben. Das liegt daran, dass Bäume im Unterschied zu anderen Biokraftstoffen keine einjährigen Pflanzen sind. Das bedeutet, es wird Jahrzehnte oder Jahrhunderte dauern, bis neue Bäume nachwachsen, die die Emissionen der verbrannten Bäume kompensieren könnten. Die EU sollte ihre irreführende Annahme, Biomasse sei klimaneutral, revidieren. Außerdem sollte die EU darüber nachdenken, welche Auswirkungen es hat, die Verbrennung von Biomasse zu unterstützen.

Handelsregeln und Importzölle

Handelsregeln und Importtarife sind potenziell sehr effektiv, um landwirtschaftliche Erzeugnisse fernzuhalten, die zu Entwaldung führen. Aber es gibt Befürchtungen, die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) könnten solche Kaufstrategien verbieten, weil sie eine Barriere für den internationalen Handel darstellen.

Das ist weit hergeholt. Die WTO-Regeln verbieten staatliche Verbote auf Produkte aus bestimmten Ländern, oder sogar Verbote, die an bestimmte Schemata der Handelszertifizierung gebunden sind. Aber die bestehende Interpretation von zugegebenermaßen vagen und manchmal ungeprüften Regeln zeigt, dass die WTO allgemeinere Handelsbeschränkungen aus umweltpolitischen oder ethischen Gründen nicht verhindert.

Das internationale Recht und multilaterale Vereinbarungen enthalten bereits viele legale Handelsbeschränkungen aus umweltpolitischen Gründen. Zu den Beispielen zählen die Convention on International Trade in Endangered Species (CITES; *Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen*). Dieses Übereinkommen enthält Einschränkungen für den Handel mit ozonschädigenden Substanzen. Lizenzierungssysteme, die von den Firmen Risikoprüfungen mit gebotener Sorgfalt fordern, um die Legalität zu gewährleisten – wie unter FLEGT – wurden ebenfalls als legitim akzeptiert. Insgesamt sagen Anwälte, dass die Importverpflichtungen und andere Maßnahmen, die nachhaltig produzierte Erzeugnisse bevorzugen – und illegal produzierte verbieten – mit den WTO-Regeln im Einklang stehen sollten.

Der wichtigste Test ist wohl die Definition der „gleichartigen Waren“. Die WTO verbietet Diskriminierung zwischen „gleichartigen Waren“;

Die WTO berücksichtigt Umweltmaßnahmen. Aber um Ziele hinsichtlich der sozialen Nachhaltigkeit zu erreichen, muss die EU in Zukunft Freihandelsabkommen abschließen. Diese enthalten Richtlinien über Landbesitz von der FAO. Die EU muss außerdem Verhandlungen führen, so wie es im Falle der FLEGT VPAs war. Für näheres dazu siehe den Fern-Bericht „WTO Compatibility with EU Action on Deforestation“ (www.fern.org/wtocompatibility) und den bald erscheinenden Fern-Bericht über Handelsinvestitionen (www.fern.org/tradingup). Tarife könnten ebenfalls helfen, siehe dazu den Fern-Bericht **Duty free? making EU tariffs work for people and forests** unter www.fern.org/dutyfree





Ein Arbeiter lädt Palmfrüchte auf einen LKW in Sabah, Malaysia. Die Palmölproduktion hat zu massiver Abholzung und zu Menschenrechtsverletzungen in Südostasien geführt und zieht jetzt weiter nach Afrika.

© CIFOR/FlickrCC

die sich voneinander nicht unterscheiden lassen. Können also nachhaltig produzierte und nicht nachhaltig produzierte Waren als „gleichartige Waren“ beschrieben werden? Ist Palmöl, das von einem kürzlich gerodeten Gebiet stammt, „gleichartig“ wie Palmöl aus einem anderen Gebiet?

Eine Reihe von erledigten WTO-Fällen legt nahe, dass Waren, die ansonsten identisch sind, aber auf unterschiedliche Weisen hergestellt wurden, nicht „gleichartige Waren“ sind. Beispielsweise sanktionierte die WTO ein US-Embargo auf Schrimps-Importe, deren Herstellung Meeresschildkröten gefährdete. Handelsanwälte sind der Meinung, dass solche Fälle als Beispiele dienen und auf Palmöl und andere nicht nachhaltig erzeugte Nahrungsmittel angewendet werden könnten.

„Rindfleisch aus Brasilien stellt den größten einzelnen EU-Entwaldungs-Fußabdruck dar. Brasilianisches Soja für Tiernahrung ist ebenfalls nicht weit davon entfernt.“

In der Praxis nimmt die WTO gar nicht alle Importe und Exporte wahr. Darunter sind EU-Importzölle, die für Waren, die die EU nicht selbst produziert niedrig sind, die jedoch höher sind für Waren, die die EU produziert. Die EU setzte einige Tarife aus politischen Gründen fest, darunter auch, um grüne Politik zu machen. Derzeit ist ein Null-Importtarif auf Soja erlaubt – eine effektive Subvention, um andere potenzielle Quellen für Tiernahrung zu verdrängen. Der EU-Importzoll auf Palmöl für Lebensmittel ist ebenfalls niedrig – etwa 3,8 Prozent – und beträgt null Prozent für Anwendungen wie Biodiesel, die also nichts mit Nahrungsmitteln zu tun haben.

Laut Fern handelt es sich um irreführende Politiken, die Umweltzerstörung effektiv subventionieren. Aber sie erschaffen Präzedenzfälle. Ähnliche differenzierte Tarife wären denkbar für andere Erzeugnisse, je nachdem, ob sie (beispielsweise) indirekt für Entwaldung verantwortlich sind oder nicht. Die Tarife für reguläres Palmöl könnten angehoben werden, während zugleich Zölle für Palmöl, von dem angenommen wird, dass es nachhaltig produziert wurde, abgeschafft werden könnten.

Die EU könnte auch versteckte Subventionen streichen, zum Beispiel Nulltarife für importierte Proteinnahrung wie etwa Soja, dessen Anbau Waldschwind mitverursacht und Rechte von Gemeinschaften unterminiert. Rindfleisch aus Brasilien stellt den größten einzelnen EU-Entwaldungs-Fußabdruck dar.

Brasilianisches Soja für Tiernahrung ist ebenfalls nicht weit davon entfernt. Manche Mitgliedsstaaten haben einen „Grasland-Beitrag“ eingeführt, um die Verwendung solcher Tiernahrung insgesamt weniger attraktiv zu machen. Dies ließe sich erweitern, aber das endgültige Ziel sollte darin bestehen, Fleischkonsum in der gesamten EU zu reduzieren – sowohl aus gesundheitlichen, als auch aus ökologischen Gründen.

Maßnahmen, die mit Hilfe von Zolltarifen landwirtschaftliche Erzeugnisse ausschließen, die indirekt Entwaldung bewirken, sollten mit technischer und finanzieller Unterstützung von der EU begleitet werden, sodass Exporteure und Regierungen es schaffen können, die Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen. Ein solcher Ansatz wäre vernünftig und gerecht.

Um dem Ziel, sozial nachhaltig zu sein, entsprechen zu können, muss die EU in Zukunft Freihandelsabkommen ausarbeiten, in denen gewisse Regeln Berücksichtigung finden, wie etwa die Implementierung freiwilliger UN-Richtlinien zu Landbesitzrechten. Auf diese Weise könnten Verhandlungen und Implementierung

solcher Regeln einen ähnlichen Lauf nehmen wie es bei den VPAs und FLEGT der Fall war.

Die Konsumenten: die wichtigste Zutat

Es sind die europäischen Konsumenten, die mehr Macht über den globalen Markt der landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben sollten, als jede andere Gruppierung auf der Welt. Ihre ethischen und ökologischen Bedenken sind wohl bekannt. Die europäischen Konsumenten sind weltweit die größten Pro-Kopf-Konsumenten von fair gehandelten und ökologisch produzierten Erzeugnissen. Sie betreiben Recycling und Wiederverwertung. Sie, die europäischen Konsumenten, haben an vorderster Front dafür gekämpft, Druck auf Industrien auszuüben, die Wälder roden, gefährdete Waldarten bedrohen oder Landraub betreiben. Dazu wurden Kampagnen organisiert, von einflussreichen Nichtregierungsorganisationen wie etwa Greenpeace und Friends of the Earth.

Derzeit wird jedoch die Macht dieser ethischen Konsumentenlobby durch einen Mangel an Informationen unterminiert. Informationen sind jedoch nötig, um Kampagnen auszuarbeiten und Konsumenten zu helfen, im Alltag beim Einkaufen informierte Entscheidungen zu treffen. Um zwei Beispiele zu nennen: bei den meisten Waren muss der Ursprung der Zutaten nicht angezeigt werden, und beim Fleisch, das man kauft, muss nicht angegeben werden, woher die Futtermittel stammen. Das sollte sich ändern.

Der Ursprung der Inhaltsstoffe ist jedoch nicht der einzige Punkt. Konsumenten brauchen auch detailliertere Informationen über

die Umweltauswirkung dieser Nahrungsmittel. Man könnte leicht verständliche Standards für Kennzeichnungen entwickeln und die Produzenten verpflichten, diese anzubringen. Denkbar wäre etwa das Ampellicht-Modell, das verwendet wird, um Konsumenten zu warnen, wenn Lebensmittel viel Zucker, Fett oder Salz enthalten.

Das wäre eine perfekte Verbindung, sowohl aus Sicht der Konsumenten, als auch aus der Sicht des Gesetzgebers. Es gibt oft Synergien zwischen Produkten, die für die Konsumenten gleichermaßen gut sind wie für die Umwelt. Ernährung und Waldschwind hängen zusammen. Angesichts steigender Übergewichtsproblematik in Europa könnte eine solche Verbindung auch den Konsumenten helfen, sich mit dem darunter liegenden Problem des Hyperkonsums im Allgemeinen zu beschäftigen. Der durchschnittliche Nahrungsverbrauch in der EU enthält zu viele Kalorien, Fette und Proteine. Der Anbau von zu vielen Kalorien schadet den Wäldern; der Verzehr von zu vielen Kalorien schadet den Menschen.

Mehr Information und Empfehlungen darüber, was die EU tun könnte, um sicherzustellen, dass der Konsum und die Produktionsmaßnahmen die Bemühungen, dem Waldschwind beizukommen, nicht etwa unterminieren, sondern unterstützen, sind im folgenden Dokument zu finden: **Less and better; making EU consumption policies work for people and forests** zu finden auf www.fern.org/lessandbetter



Aktivisten waren enttäuscht von den schwachen Reformen der Gemeinsamen EU Landwirtschaftspolitik, die 2013 verabschiedet wurden.

© Greenpeace





Veränderungen im Konsumverhalten würden der EU helfen, ihre Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) zu erfüllen, insbesondere das zweite Ziel, Hunger zu beenden, Nahrungssicherheit zu erreichen und nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Unternehmen sind über zusätzliche Bürokratie nicht erfreut, aber sie gewöhnen sich an die Idee, umweltbezogene Informationen zu liefern – wie etwa beim Carbon Disclosure Project.

Die Kennzeichnung ist jedoch nur ein Teil der Geschichte. Damit die Europäer gut konsumieren, gut für sich und für die Umwelt, sind auch Regulierungen und finanzielle Anreize nötig. Um gegen Hyperkonsum zu kämpfen, sollte die EU den Konsum höher besteuern und gegen pervertierte Anreize übermäßig zu konsumieren vorgehen, wie etwa Billigangebote in Supermärkten.

„Der Anbau von zu vielen Kalorien schadet den Wäldern; der Verzehr von zu vielen Kalorien schadet den Menschen“

Ein weiteres potenzielles Instrument ist die EU-Initiative Ressourceneffizienz, die Teil der Strategie Europa 2020 ist. Diese zielt darauf ab, den Mitgliedsstaaten zu helfen, eine ressourceneffiziente Wirtschaft mit geringem Kohlenstoffverbrauch aufzubauen und nachhaltiges Wachstum zu erzielen. Die Initiative deckt viele Themen ab, wie etwa Klimawandel, Energie, Verkehr, Industrie, Rohstoffe, Fischerei, Artenvielfalt, regionale Entwicklung und, was von zentraler Bedeutung ist, die Landwirtschaft. Im Rahmen dieser Initiative lässt sich gut thematisieren, wie Wälder und ihre Bewohner durch die Lieferketten nach Europa geschädigt werden.

In der Zwischenzeit könnte vieles getan werden, um Konsumenten und Lieferanten zu helfen, mit Lebensmitteln sparsamer umzugehen und nicht so große Mengen wegzuerwerfen. Essen, das produziert, aber nicht gegessen wird, verbraucht fast 1,4 Milliarden Hektar Land weltweit: das sind fast 30 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche.³⁰ Laut der FAO bedeutet das



Veränderungen im Konsumverhalten würden der EU helfen, ihre Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) zu erfüllen, insbesondere das zwölfte Ziel, nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen zu fördern.

ganze 300 kg weggeworfenes Essen pro Kopf pro Jahr in Europa. Die EU muss schnell handeln, um die entsprechenden Zahlen bis 2025 um mindestens 30 Prozent zu senken.

Das meiste Essen wird zu Hause weggeworfen, fast ebenso viel in der Landwirtschaft und in Betrieben und größere Mengen an Nahrungsmitteln werden auch im Catering, bei den Lieferungen und im Großverkauf weggeworfen. Solche Verluste gilt es zu überprüfen. Es könnte helfen, die Haltbarkeitsdauer der Produkte besser zu kennzeichnen. Reformen der EU-Regelungen würden helfen, deformierte, aber ansonsten noch haltbare Produkte zu verkaufen. Es sind aber auch fundamentale Reformen nötig, wie etwa Strafen für Branchen, in denen besonders viel Essen weggeworfen wird.

Tropischer Waldschwind bedroht das globale Klima, die lokalen Ökosysteme und die Existenzgrundlage der Ärmsten in der Welt. Vielen europäischen Konsumenten sind solche Probleme ein Anliegen, denn sie wollen nicht, dass ihre alltäglichen Gewohnheiten und Einkäufe mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung behaftet sind. Diese Konsumenten haben das Recht, nicht in Komplizenschaft mit solchen Verbrechen verwickelt zu werden. Sie sollten darauf vertrauen können, dass ihre Einkäufe nicht das Ergebnis illegaler Aktivitäten sind. Aber derzeit genießen sie keine solchen Rechte und können kein solches Vertrauen haben.

Das muss sich ändern. Der europäische Nahrungsfußabdruck auf den Wäldern muss eliminiert werden. Nicht zu handeln würde bedeuten, die europäischen Konsumenten zu hintergehen. Wenn Nachhaltigkeit nicht unterstützt wird, wenn um Land gestritten wird und Menschenrechtsverletzungen begangen werden, wird in weiterer Folge die Versorgung Europas mit Nahrungsmitteln bedroht sein.

Schlussfolgerungen

Europa braucht drei Strategien, um nicht länger eine Rolle im Waldschwund durch seinen Konsum landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu spielen.

- **Erstens** müssen wir den Konsum reduzieren. Manchmal lautet so ein einfaches Gesundheitsgebot für Einzelpersonen. Viele von uns würden länger leben, wenn wir weniger und klüger essen könnten. Aber abgesehen davon gibt es auch ein großes Potenzial, effizientere und weniger verschwenderische Konsumenten zu sein. Bestehende EU-Anträge zur Ressourceneffizienz könnten auf landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgeweitet werden. Reduzierte Abfälle – vor allem reduzierte Mengen an weggeworfenem Essen, vom Feld bis zum Kühlschrank – könnten unsere Nachfrage um ein Drittel oder sogar mehr reduzieren. Biotreibstoffe und Biomasse sollten ihren realen Kohlenstofffußabdruck nachweisen – damit könnte der Verbrauch maßgeblich reduziert werden, ebenso wie der indirekte Beitrag Europas zum Waldschwund.
- **Zweitens** müssen wir viel rigorosier darüber sprechen, wie wir das, was wir konsumieren, herstellen – im Hinblick auf den ökologischen Fußabdruck, insbesondere beim Thema Waldschwund. Es geht aber auch um unseren sozialen Fußabdruck im Bezug auf die Bewohner von Waldgebieten, es geht also auch um Landraub und um andere Verstöße gegen Menschenrechte. Während wir also unseren Verbrauch reduzieren, müssen wir sichergehen, dass das, was wir konsumieren, legal und nachhaltig hergestellt wird. Das bedeutet Reformen von Zolltarifen und in der öffentlichen Auftragsvergabe; wir müssen sichergehen, dass die europäischen Firmen und Investoren sich an die Regeln der Transparenz halten und allzeit die besten Industriepraktiken anwenden. Darüber hinaus müssen illegal produzierte Waren umgehend verboten werden. Dazu braucht es neue Regulierungen für die wichtigsten Waren nach dem Beispiel des FLEGT-Modells.
- **Abschließend** muss die EU positive Entwicklungen im Bereich Landrechte und Nahrungssouveränität durch Hilfsmaßnahmen und Handelsbeziehungen stärken. Das bedeutet, dass europäische Firmen und Investoren sich an freiwillige UN-Richtlinien über Landbesitz halten müssen. Außerdem müssen sie Gewohnheitsrechte respektieren und stets im Vorfeld das freie und informierte Einverständnis der lokalen Bevölkerung einholen, bevor sie Land- und andere Investitionen tätigen. Alle Akteure in der Lieferkette, einschließlich der Hersteller und Lieferanten von Konsumgütern, müssen angehalten werden, Prüfungen mit gebotener Sorgfalt durchzuführen. Das bedeutet, dass vollständige, unabhängige, ökologische und soziale Prüfungen der Lieferkette in Auftrag gegeben und publiziert werden müssen, und zwar sowohl für landwirtschaftliche Betriebe, als auch für ihre größeren Investoren. Und, last but not least, bedeutet es, dass alle EU Hilfs- und Handelsbeziehungen mit Regierungen, Finanzinstituten und produzierenden Ländern einen Beitrag dazu leisten müssen, die Landbesitzrechte der Menschen zu stärken und die Land Governance zu verbessern.

„Dieser Bericht ist eine Zusammenschau von 11 von Fern in Auftrag gegebenen Berichten, die die Auswirkungen der EU-Politik auf Wälder und Menschen bewerten. In ihrer Gesamtheit bilden sie eine Liste an Empfehlungen an die EU zur Bekämpfung des Waldschwundes und Wahrung von Rechten.“



FERN Büro im Vereinigten Königreich: 1C Fosseyway Business Centre, Stratford Road, Moreton in Marsh, GL56 9NQ, Vereinigtes Königreich

FERN Büro in Brüssel: Rue d'Edimbourg, 26, 1050 Brüssel, Belgien

www.fern.org